

Fluglärm ist Thema

Kommission soll tagen

WIESBADEN. Die von SPD und Grünen geforderte Enquetekommission des Landtags zum Fluglärm soll rasch starten. „Ich möchte die Arbeit noch vor der Sommerpause beginnen“, sagte der Grünen-Abgeordnete Frank Kaufmann in Wiesbaden. Dort stellte er mit seinem SPD-Kollegen Gernot Grumbach den Antrag vor, über den der Landtag in dieser Woche entscheiden soll. Die beiden Oppositionsparteien wollen in der Enquetekommission den Fluglärm und seine möglichen Gesundheitsrisiken im Rhein-Main-Gebiet untersuchen lassen. In einem solchen Gremium beschäftigen sich die Abgeordneten vertieft mit einem speziellen Thema. Hintergrund für die Initiative von SPD und Grünen ist die Blockade einer Landtagsanhörung zum Thema Fluglärm und dessen Folgen. Die beiden Regierungsfractionen CDU und FDP hatten diesen Vorschlag Anfang des Jahres abgelehnt. Eine Enquetekommission kann dagegen auch von einer Minderheit des Parlaments eingesetzt werden.

Neue Lärmstudie?

OB hält CDU/ÖDP-Forderung für zu teuer

MAINZ. Wie angenehm es sein kann, wenn der Himmel flugzeugfrei ist, das haben die Mainzer vor einer guten Woche erlebt. Jetzt indes herrscht über den Wolken wieder reger Verkehr.

Und der wird noch schlimmer werden, befürchten CDU und ÖDP/Freie Wähler. Spätestens wenn der geplante Ausbau des Frankfurter Flughafens vollendet sei. Beide Fraktionen werden deshalb in der kommenden Stadtratssitzung am 5. Mai eine Gesundheitsstudie für die gesamte Rhein-Main-Region fordern.

Die Stadt solle sich bei den Gesundheitsministerien von Rheinland-Pfalz und Hessen für eine solche Studie und de-

ren Finanzierung stark machen, fordern die beiden Fraktionschefs Andrea Litzenburger (CDU) und Claudius Moseler (ÖDP). Vorbild für die Expertise könne die nach dem Wissenschaftler Eberhard Greiser benannte Lärmstudie für den Großraum Köln sein.

Die Stadt soll für eine „konsequente Umsetzung des Nachtflugverbots, die Einführung neuer An- und Abflugverfahren sowie die Optimierung der Flugrouten“, kämpfen, fordern beide Fraktionen.

Oberbürgermeister Jens Beutel (SPD) zweifelt die Finanzierbarkeit einer neuen Studie an. Im MRZ-Gespräch bezifferte er die Kosten mit mehr als 500 000 Euro. (sl)